



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 122 • Die Woche im Bundestag • 19.10.2012

Europa fährt mit uns am besten

Europa spielte auch in dieser Sitzungswoche wieder eine wichtige Rolle. Am Donnerstag hat Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 18./19. Oktober 2012 abgegeben.

Dabei ging es auch darum, wie wir zu einem Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion kommen können. Nach wie vor sind Vorschläge im Spiel, die eine tragfähige Zukunft unseres Kontinents gefährden.

Wir jedenfalls werden der Vergemeinschaftung von Schulden, wie es die SPD fordert, nicht die Hand reichen. Wir werden auch bei der Verlagerung von Kompetenzen immer darauf achten, dass es eine parlamentarische Kontrolle gibt – insbesondere bei allen haushaltsrelevanten Fragen.

Die Vorschläge der Opposition zeigen, dass es gut für unser Land und Europa ist, dass die Bundeskanzlerin aus unseren Reihen stammt und dass Angela Merkel in Europa unsere deutschen Interessen vertritt.

Antisemitismus in Deutschland

Das Plenum hat diese Woche bereits am Mittwoch mit einer Debatte über Antisemitismus in Deutschland begonnen. Leider ist dieses Thema noch immer aktuell, wie jüngste Vorfälle in Berlin gezeigt haben.

Wir sind froh, dass es nach dem unsagbaren Leid des Holocaust wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, dessen Entwicklung uns ein dauerhaftes Anliegen ist. So hatte der Deutsche Bundestag sich bereits im November 2008, siebenzig Jahre nach den Pogromen des Jahres 1938, an die Bundesregierung gewandt und vor dem

Hintergrund der geschichtlichen Verantwortung eine stärkere Förderung jüdischen Lebens in Deutschland gefordert.

Grundlage der Debatte war der Bericht „Antisemitismus in Deutschland - Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze“. Dieser Bericht wurde von einem Expertenkreis erarbeitet, der auf Beschluss des Deutschen Bundestages eingesetzt wurde. Er stellt die sich in antisemitischem Gedankengut darstellende Bedrohung jüdischer Menschen und Gemeinden in unserem Land dar.

Voller Abscheu blicken wir auf die Tatsache, dass uns in Deutschland noch immer antisemitische Haltungen in Wort und Tat begegnen. Wenn Vorurteile und Klischees politischen und religiösen Extremisten zum Vorwand für Hassreden und Gewalt dienen, kann das deutsche Parlament das nicht wortlos hinnehmen.

Wir begrüßen, dass die von uns getragene Bundesregierung vor allem durch die Stärkung des jüdischen Gemeindelebens in Deutschland, aber auch durch zielgerichtete Maßnahmen der politischen Bildung, kraftvoll gegen Vorurteile und ihre Auswirkungen interveniert.

Unser Eintreten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben in Deutschland zeigt: Für das deutsche Parlament ist es nicht hinnehmbar, dass Extremisten des rechten, aber auch des linken politischen Spektrums sowie radikale Islamisten Gewalt gegen Juden oder den Staat Israel propagieren.

In der Tradition Konrad Adenauers betonen wir das Existenzrecht des Staates Israel ebenso, wie die Würde jedes Menschen in unserem Land für uns unverletzlich ist.

Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags

Da wir den europäischen Fiskalvertrag zur Grundvoraussetzung für unsere Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM gemacht haben, ist die korrekte Umsetzung der Fiskalpaketregeln in unser deutsches föderales System für uns eine Selbstverständlichkeit. Die wesentlichen Vorgaben sind mit der Schuldenbremse und der parallelen Einrichtung des Stabilitätsrats bereits erfüllt.

Hinzu kommen jetzt europarechtliche Spezifizierungen. Dazu zählen die Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von 0,5% des BIP, ihre Überwachung durch den Stabilitätsrat sowie die innerstaatliche Aufteilung etwaiger Sanktionszahlungen. Die Defizitgrenze von 0,5% des BIP entspringt dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt und schließt Länder, Kommunen und Sozialversicherungen mit ein.

Die Regelung der Schuldenbremse, die dem Bund maximal 0,35% und den Ländern künftig keine Neuverschuldung mehr erlaubt, bleibt davon unberührt. Für die Zustimmung des Bundesrates haben wir uns bereit erklärt, zusätzliche 580 Millionen Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung noch 2012 im Rahmen des Nachtragshaushaltes freizugeben.

Freiheit der Wissenschaft in einem zukunftsfähigen Deutschland

Mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz berücksichtigt die christlich-liberale Koalition einen großen Wunsch der Wissenschaft.

Wir schaffen nach den positiven ersten Erfahrungen der Wissenschaftsfreiheitsinitiative des Jahres 2008 den gesetzlichen Rahmen für selbstverantwortetes Handeln der großen deutschen Forschungsgemeinschaften.

Sie verwalten ihre Budgets auf Grundlage des neuen Gesetzes nun selbst und weitgehend unabhängig als sog. Globalhaushalte. Im Personalbereich können die Forschungseinrichtungen in Folge öffentliche Mittel ebenso wie selbst erwirtschaftete und eingeworbene Mittel Dritter für die marktorientierte Gestaltung von Gehältern und Gehaltsbestandteilen einsetzen.

Auf diese Weise werden sie als Arbeitgeber von Forschern wettbewerbsfähiger, auch und vor allem mit der internationalen wissenschaftlichen Konkurrenz.

Für Beteiligungsvorhaben der Wissenschaftseinrichtungen werden die Verfahren gestrafft. Bei der Durchführung von Baumaßnahmen machen wir mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung möglich.

Die Anhörung der Vertreter der wissenschaftlichen Gemeinschaften in der letzten Sitzungswoche hat ein durchgängig positives Echo auf unser Gesetzesvorhaben ergeben.

Lebenserwartung in Deutschland steigt stetig.

Die Lebenserwartung in Deutschland ist erneut gestiegen: für neugeborene Jungen beträgt sie 77 Jahre und 9 Monate und für neugeborene Mädchen 82 Jahre und 9 Monate.

Auch für ältere Menschen hat die Lebenserwartung weiter zugenommen: Die verbleibende Lebenserwartung von 65-jährigen Männern beläuft sich demnach auf weitere 17 Jahre, 65-jährige Frauen können statistisch gesehen noch weitere 20 Jahre und 8 Monate leben.

Zudem lässt sich aus aktuellen Berechnungen entnehmen, dass nach den aktuellen Sterblichkeitsverhältnissen statistisch gesehen jeder zweite Mann in Deutschland wenigstens 80 Jahre alt, jede zweite Frau sogar 85 Jahre alt werden wird.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Aussichten für deutsche Wirtschaft stabil.

Am vergangenen Donnerstag haben die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute ihr Herbstgutachten 2012 vorgestellt.

Darin prognostizieren einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 0,8% für das Jahr 2012 und 1,0% für das Jahr 2013. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich laut dem Herbstgutachten 2012 und 2013 bei 2,9 Millionen stabilisieren. Dabei wird auch das Budget des Staates sowohl in diesem als auch im kommenden Jahr annähernd ausgeglichen sein.

(Quelle: Leibniz-Gemeinschaft)